



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für
Pforzheim und den Enzkreis

Die schwarze Null steht!

Bundestag berät Haushalt 2015 – Erstmals seit 1969 keine neuen Schulden!

Die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause hat mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen. Für 2015 sind Ausgaben in Höhe von 299,5 Milliarden geplant. Das sind drei Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Der Entwurf sieht zudem keine Aufnahme neuer Kredite vor. 2014 lag die Nettoneuverschuldung noch bei 6,5 Milliarden Euro.

Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs wurden in den viertägigen Haushaltsdebatten die Einzelpläne des Haushalts beraten. Im Anschluss daran wurde der Regierungsentwurf zur weiteren Beratung in den Haushaltsausschuss überwiesen. Der Etat soll Ende November verabschiedet werden. Traditioneller Höhepunkt der Haushaltswoche war die Generalausprache zur Regierungspolitik mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Mittwoch, in der sie betonte: „Wir können stolz sein, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben.“ Allerdings sei auch künftig eine strikte Ausgabendisziplin erforderlich. Mit dem ausgeglichenen Haushalt erfüllt die Union ihr zentrales Versprechen des letzten Bundestagswahlkampfes.

Merkel machte – gerade auch mit Blick auf die Debatte in anderen EU-Staaten – deutlich, dass solides Haushalten „kein Selbstzweck“ sei, sondern die Voraussetzung für Handlungsmöglichkeiten schaffe. „Das Wirtschaften auf Pump soll endlich ein Ende haben“, betonte Merkel. Dies sei der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit; er fördere Wachstum und Beschäftigung. Die Notwendigkeit zur Konsolidierung gelte nicht allein für Deutschland, sondern auch für die Europäische Union. Würden die krisengeschüttelten Euro-Länder vom Reformkurs abweichen, so berge das große Risiken für die weitere Erholung Europas von der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Für die künftigen Jahre skizzierte die Kanzlerin eine Reihe von Handlungsfeldern, denen sich die Bundesregierung vorrangig widmen wolle. So nannte sie die Begleitung des digitalen Wandels, die weitere Förderung von Forschung und Entwicklung, die Erneuerung der Verkehrswege sowie die Bewältigung des demografischen Wandels und den Erhalt der sozialen Sicherheit. Den digitalen Wandel verglich Merkel in seiner Bedeutung für die Wirtschaft mit der industriellen Revolution. Deshalb stelle die Regierung mit der „digitalen Agenda“ die richtigen Rahmenbedingungen, indem sie beispielsweise für flächendeckende Breitbandverbindungen Sorge. Die Kanzlerin versprach, weiterhin alles zu tun, um Deutschlands Spitzenstellung in der Forschung zu erhalten. Damit die Forschungsergebnisse leichter in unternehmerische Initiativen umgesetzt werden können, damit auch Innovationen im IT-Bereich eine bessere Chance haben, stellte sie in Aussicht, Wagniskapital von der Ertragssteuer zu befreien.

Umfangreiche Investitionen in Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwege kündigte Merkel ebenfalls an, denn „eine gute Infrastruktur ist von herausragender Bedeutung“. Fraktionsvorsitzender Volker Kauder versprach, dass die Koalition bis Ende des Jahres auch bei der umstrittenen Pkw-Maut zu einem guten Ergebnis kommen werde. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sprach Merkel die zunehmende Zahl Pflegebedürftiger an. Daher sei es richtig, dass die Koalition den Beitragssatz zur Pflegeversicherung leicht erhöhe. Gleichzeitig betonte sie: „Eine menschenwürdige Pflege muss bezahlbar bleiben.“ Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen weltweit kündigte die Kanzlerin an, dass Deutschland denen helfen werde, die „dringend unsere Hilfe brauchen.“

Das Asylrecht muss verbessert werden – Grüne blockieren aber im Bundesrat

Vor der Sommerpause hatte der Bundestag entsprechend der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag eine Novelle zum Asylverfahrensrecht beschlossen. Damit wurden Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien in die Liste der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ aufgenommen. Wenn ein Land als sicherer Herkunftsstaat eingestuft ist, können seine Staatsbürger trotzdem in Deutschland Asyl beantragen. Das Asylrecht wird für sie also keinesfalls abgeschafft! Allerdings kann das Asylverfahren dann erheblich beschleunigt werden. Damit kann das Asylsystem in Deutschland deutlich entlastet werden, um jenen Menschen besser und schneller zu helfen, die in ihrer Heimat bedroht, gefoltert und verfolgt werden.

Seit 2009 hat sich die Zahl der Asylanträge verfünffacht. Auch bei uns in der Region ist dieser Druck zu spüren, weil neue Unterkünfte geschaffen werden müssen. Aus den drei genannten Westbalkanstaaten kommt derzeit fast ein Drittel aller Asylanträge. Die Anerkennungsquote liegt hingegen nur bei 0,1%. Bei Antragstellern aus dem Iran oder dem Irak liegt die Quote dagegen bei über 50%. Eine Neubewertung der drei Staaten ist daher mehr als angemessen. Zudem streben alle drei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Eine solche Perspektive können wir schlecht Ländern eröffnen, die hier in Deutschland nicht als sichere Herkunftsstaaten eingestuft sind. Allerdings verweigern die Grünen im Bundesrat bislang die Zustimmung zu der Novelle. Damit lassen sie vor allem die Kommunen im Stich, die große Schwierigkeiten haben, ausreichend Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Könnte ein großer Teil der Anträge sehr viel zügiger beschieden werden, wäre dies eine große Entlastung. Wer in sieben Bundesländern mitregiert, sollte inzwischen die Probleme vor Ort kennen und eine angemessene Antwort darauf finden!

Kommissar für Digitale Wirtschaft

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger soll in der nächsten Europäischen Kommission für Digitale Wirtschaft zuständig sein. Günther Oettinger ist unser kurzer Draht aus Baden-Württemberg nach Europa. Mit der Digitalen Wirtschaft bearbeitet er ein Feld, das für die Zukunft Europas und Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist.

Der digitale Wandel wird die Arbeitswelt revolutionieren und weitreichende Veränderungen in der Wirtschaft, im alltäglichen Leben der Menschen und ihre Arbeitsplätze nach sich ziehen. Diesen Wandel gilt es zu gestalten, denn nur so werden wir Arbeitsplätze und Wohlstand im 21. Jahrhundert erhalten können. Gerade für ein Exportland wie Baden-Württemberg mit seinen Mittelständlern und Familienbetrieben ist das wichtig. Wir freuen uns mit Günther Oettinger, dass er ein so wichtiges Aufgabengebiet bekommt und an einer solch zentralen Position tätig sein kann.

Kauder sichert religiösen Minderheiten deutsche Unterstützung zu

Deutschland unterstützt die irakischen Kurden in ihrem Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte in einer Regierungserklärung Anfang September dem Bundestag das Maßnahmenpaket, das humanitäre Hilfe und militärische Unterstützung umfasst. Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder empfing im Anschluss an die Parlaments-sondersitzung den Bischof der orientalischen Christen, Julius Hanna Aydin, sowie weitere Vertreter von Jesiden- und Alewiten-Organisationen. Dabei sicherte er den verfolgten Minderheiten im Nordirak Unterstützung zu. Angela Merkel betonte, dass der Entscheidung für die Lieferung von Schutzausrüstung und Militärgerät an die kurdischen „Peschmerga-Miliz“ im Irak eine sorgfältige Abwägung vorausgegangen sei. Man habe vor der Wahl gestanden, sich zurückzuhalten und jegliches Risiko zu vermeiden oder diejenigen zu unterstützen, die verzweifelt und mutig gegen den Terror der IS kämpften. Einfach nur zu warten und zu hoffen, dass andere sich der akuten Gefahr stellen, „das entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung“, sagte Merkel. Angesichts von Massenhinrichtungen, Zwangskonvertierungen und Vergewaltigungen betonte Volker Kauder: „Wir nehmen die Verantwortung wahr, die wir haben.“ Die IS ist eine Bedrohung für die gesamte Region sowie für Deutschland und Europa. Denn totalitäre Regime machten nicht Halt vor geographischen Grenzen. Die Bundesregierung hat bereits 150 Tonnen Hilfsgüter in den Norden des Iraks geliefert und 50 Millionen Euro an humanitärer Hilfe aufgewendet. Inzwischen trafen auch erste militärische Ausrüstungsgüter im Nordirak ein. Kauder kündigt zugleich an, das Weben radikaler Salafisten für ihren „heiligen Krieg“ mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu unterbinden.